

# Nord-Süd Info-Dienst



Nr. 95-2007, Dezember 2007



Liebe Leserinnen und Leser des Nord-Süd Info-Dienstes,

in dieser Ausgabe stellen wir Ihnen die Reden - so weit sie uns vorliegen - zur Verfügung, die bei der Konferenz des Forums Eine Welt unter dem Titel „Neue Energie – Die globale Herausforderung Klimawandel“ am 29. November 2007 im Willy-Brandt-Haus Berlin stattfand.

Wir hoffen, damit Ihr Interesse zu finden.

## Inhalt:

### **Neue Energie – Die globale Herausforderung Klimawandel**

**Kurt Beck**, Vorsitzender der SPD

### **Klimaschutz und Entwicklung sind untrennbar miteinander verknüpft**

**Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vorsitzende des Forums Eine Welt

### **Menschheitsherausforderung Klimaschutz**

**Michael Müller** MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

#### **Impressum:**

**SPD-Partei Vorstand**

**Willy-Brandt-Haus,**

**Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin**

**Tel: 030 - 25991 - 125 / -357**

**Fax: 030/ 25 99 15 95**

**E-Mail: [Konstantin.Woinoff@spd.de](mailto:Konstantin.Woinoff@spd.de)**

**[Angelika.Mate@spd.de](mailto:Angelika.Mate@spd.de)**

**[www.forumeinewelt.de](http://www.forumeinewelt.de)**

**Redaktion: Konstantin Woinoff, Angelika Máté**

**ISSN: 1865-4843**

## Neue Energie – Die globale Herausforderung Klimawandel

**Kurt Beck, Vorsitzender der SPD**

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich freue mich sehr, auf dieser Konferenz des Forums Eine Welt der SPD zu Ihnen sprechen zu können – insbesondere zu diesem Thema.

Wir alle wissen, was auf der Konferenz in Bali ab nächster Woche verhandelt wird. Es ist nicht weniger als unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner und der Welt insgesamt.

Die Berichte des UNO-Expertenrats zum Klimawandel (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) haben es klar dargelegt: Die Erderwärmung ist nicht mehr zu stoppen, sie ist allenfalls abzumildern. Die Hauptverursacher für die Erderwärmung sind wir, die Menschen und ihr Handeln.

Unser Ziel ist es, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, denn ein Überschreiten dieser Grenze könnte katastrophale Folgen haben.

Bereits jetzt – und bei weiter steigenden Temperaturen umso mehr – drohen Überschwemmungen, Dürren, der Verlust küstennaher Landstriche, das Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten, eine Zunahme von Infektionskrankheiten – die Liste der Bedrohungen ließe sich fortführen.

### **Die neue soziale und ökologische Frage**

Die Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert den national geprägten Kapitalismus zivilisiert und den Menschen Sicherheit und Wohlstand gebracht.

Mit der Globalisierung ist die soziale Frage in neuem Gewand zurückgekehrt. Sie muss neu beantwortet werden in einer Welt, die von Ungleichheit, zunehmenden Verteilungskonflikten und vor allem von der ökologischen Überlebensfrage geprägt ist.

Die große politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts für uns ist, den globalisierten Kapitalismus, der blind ist für das Überleben von Mensch und Natur, sozial, demokratisch und nicht zuletzt vor allem ökologisch zu gestalten.

Wir müssen die große Idee der Nachhaltigkeit zur Leitlinie der deutschen und europäischen Politik machen. Diese Programmatik geht auf Willy Brandt (Brandt-Report 1980) und natürlich auf unsere norwegische Genossin Gro Harlem Brundtland (Brundtland-Bericht 1987) zurück. Gro Harlem Brundtland hat diese wegweisende Idee entscheidend geprägt. An dem Befund des Brundtland-Berichts vor 20 Jahren hat sich nichts geändert:

Die globalen Umweltprobleme sind hauptsächlich das Resultat der großen Armut in den Entwicklungsländern und der nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsweise in den Industrieländern.

Wir brauchen Nachhaltigkeit dringend als Grundprinzip unseres politischen und wirtschaftlichen Handelns: Wir müssen von der Zukunft her denken, statt uns in der Kurzfristigkeit zu verlieren.

Wir müssen der Gesellschaft eine Reformidentität wiedergeben, die in der Tradition der sozialen Marktwirtschaft steht, statt uns in der betriebswirtschaftlichen Logik und der Dominanz des Ökonomischen zu verlieren.

Wir müssen den Kapitalismus durch soziale Regeln bändigen, statt Wohlstand und Beschäftigung mit der Ausbeutung der Natur zu bezahlen.

Wir brauchen Nachhaltigkeit, um eine friedliche und gerechte Weltordnung herzustellen.

### **Energiewende in Deutschland**

Bereits 1980 wurde im Brandt-Report angemahnt, alternative Energiequellen zu finden, um vom Öl wegzukommen. In Regierungsverantwortung hat die SPD seit 1998 die Energiewende in Deutschland vorangebracht – und wir erinnern uns an die heftigen Kampagnen der damaligen Opposition.



Foto: Robert Máté

Umso denkwürdiger ist es, dass 2005 durch die Unterschriften unter den Koalitionsvertrag die Energie- und Klimapolitik der SPD-geführten Bundesregierung von den Spitzen der CDU und CSU – nach sieben Jahren harter konservativer Gegnerschaft – anerkannt wurde.

Dass es bei der Union weiterhin Trennungsschmerzen von ihren alten Glaubenssätzen gibt, wird immer wieder bei der Atomkraft deutlich. Die Atomspaltung erschien vielen als die große Hoffnung auf dauerhaft verfügbare Energie. Diese Hoffnungen aber kann sie nicht erfüllen.

Ein atomarer Unfall würde Millionen von Menschen gefährden. Der atomare Müll ist ein Gefahrenherd für Zehntausende von Jahren. Auch angesichts neuer terroristischer Bedrohungen ist die Atomwirtschaft eine Gefahrenquelle. Wir Sozialdemokraten verwirklichen den Ausstieg aus der Atomkraft.

Dabei wollen wir weitere Reaktoren stilllegen, die älteren zuerst. Wir bekräftigen die Energiewende in Deutschland. Die SPD steht für eine Politik, die aus den Gefahren und Zwängen der Atom- und Ölwirtschaft führt.

Die Steinzeit ist nicht durch den Mangel an Steinen zugrunde gegangen. Auch das Ölzeitalter wird die Vorherrschaft verlieren, während die Ölquellen noch sprudeln. Die überlegenen Schlüsseltechnologien sind es, die sich durchsetzen.

Deshalb setzen wir auf die Förderung und den Ausbau der ökologischen Zukunftstechnologie made in Germany: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft und umweltfreundliche Mobilität.

Umwelttechnologie ist nicht nur ein Exportschlager, sondern schafft hierzulande mehr Arbeitsplätze als jede andere Branche.

Im Jahr 2020 wird die ökologische Technologie voraussichtlich als neue Leitbranche mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- oder Maschinenbau.

Oder auch mit dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm beweisen wir: Beschäftigung und Nachhaltigkeit lassen sich vereinbaren.

### **Klimakonferenz in Bali – Startschuss für umfassende Klimaverhandlungen**

Das Zeitalter der Expansion auf Kosten der Natur, der Entwicklungsländer und der Zukunft muss vorbei sein. In unserer begrenzten und schnell zusammenwachsenden Welt rückt die ökologische Modernisierung ins Zentrum der nationalen und internationalen Politik.

Ab nächster Woche kommen im indonesischen Bali Vertreter aus rund 180 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls zusammen. Wir streben auf Bali, wie im Rahmen der EU vereinbart, den Beginn eines umfassenden Verhandlungsprozesses zum Schutz des globalen Klimas an. Alle Länder gehören dabei mit ins Boot.

Wir brauchen die Ausweitung des internationalen Kohlenstoffmarktes. Der Emissionshandel ist ein entscheidendes Instrument, um das Geld und die Technologien zu mobilisieren, die wir für die Bekämpfung des Klimawandels brauchen.

Dringend erforderlich ist zudem, dass bis 2009 die Verhandlungen abgeschlossen sind, um dem Emissionshandel verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen.

### **Konkrete Reduktionsziele**

Auf dem Weg zu einem neuen Klimaabkommen kommt es auf einen klaren Kurs an. Hierzu gehören neben dem Emissionshandel die Festlegung auf das gemeinsame langfristige Ziel, eine Erderwärmung von über zwei Grad bis 2050 zu verhindern, anspruchsvolle Reduktionsverpflichtungen für alle Industrieländer und angemessene Beiträge insbesondere der Schwellenländer.

Die EU ist dabei vorangegangen und hat sich verpflichtet, ihre Emissionen um mindestens 20% zu reduzieren. Wenn andere Industrieländer im Rahmen eines globalen Klimaschutzabkommens mitziehen, verpflichtet sich die EU, gegenüber 1990 um 30% zu reduzieren.

Wir hoffen alle, dass dieses Signal der EU hilft, die bestehenden Blockaden in den schwierigen Verhandlungen zu überwinden.

Viel Sympathie weckt der Vorschlag des Premierminister Indiens, Manmohan Singh, den er beim G8-Gipfel in Heiligendamm gemacht hat.

Arme und reiche Nationen sollen pro Kopf gleich viel klimaschädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre abgeben dürfen.

Das heißt mit der Perspektive 2050, jeder Mensch darf pro Jahr zwei Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen, damit der weltweite Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad begrenzt werden kann.

Dieser Vorschlag weist auf ein entscheidendes Problem hin.

Beim Kampf gegen den Klimawandel muss das Recht auf Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer gewahrt werden.

Pauschale Klimaschutzziele können für die Schwellen- und Entwicklungsländer schnell zu einer unfairen Hürde werden und Wachstum und vor allem Armutsbekämpfung verhindern.

Wir müssen die Frage der Gerechtigkeit, den Zugang zu Entwicklungsmöglichkeiten durch eine faire Bemessungsgrundlage lösen.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern ist der Schlüssel für Armutsbekämpfung und gleichzeitig brauchen wir alle Beteiligte – Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer –, um dem Klimawandel eine globale Antwort zu geben.

### **Kooperative Energieaußenpolitik**

Bei all unseren eigenen Sorgen dürfen wir nicht vergessen, dass die Kosten der Energiesicherung und die Anpassung an den Klimawandel in ärmeren Ländern das ganze Wirtschaftswachstum und die Anstrengungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit aufzuzehren drohen.

Wo aber die soziale und wirtschaftliche Entwicklung abreißt, drohen wachsende Armut und die Verschärfung von Konflikten.

Hier zeichnen sich massive Verteilungskonflikte ab. Klimapolitik – das heißt heute auch: Sicherheitspolitik. Deshalb sind Energieeffizienz, erneuerbare Energien und die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen so wichtig, denn nur so ist eine gerechte globale Verteilung von Entwicklungschancen möglich.

Die verschärfte Konkurrenz um fossile Rohstoffe, die Versuche der militärischen Sicherung von entscheidenden Einflussgebieten machen eines klar: Klima- und Energiepolitik ist Teil der Außenpolitik geworden. Wir wollen sie als umfassende Friedens- und Entspannungspolitik gestalten.

Als Sozialdemokraten stehen wir in der internationalen Politik für Dialog, für das Suchen nach gemeinsamen Zielen und den friedlichen Ausgleich von Interessen.

Wir wissen, dass Frieden zu schaffen und Entwicklung zu erreichen auf das Engste miteinander verbunden sind – gerade bei wachsenden wechselseitigen Abhängigkeiten in der Einen Welt.

Im globalen Maßstab werden wir nur Erfolg haben, wenn andere mitziehen. Deswegen brauchen wir dringend eine kooperative Energiesicherheitspolitik.

Wir brauchen Initiativen, um die gemeinsame Energiesicherheit als politischen Dialog von Förderländern, Verbraucherländern und Transitländern zu etablieren.

Die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausstieg aus der Atomenergie, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Einbettung der Klimapolitik in eine Agenda ökologischer Industriepolitik und des weltweiten Ausgleichs von Entwicklungschancen, die Unterstützung der vom Klimawandel betroffenen armen Länder und eine kooperative Politik der Energiesicherung sind für uns die Schlüssel für eine umfassende Klima- und Energiepolitik.

Eine solche Politik braucht Mut. Sie braucht den Mut, eingefahrene Wege zu verlassen.

Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir diesen Mut aufbringen.

Dazu müssen alle beitragen. Aber davon werden auch alle profitieren. Deshalb werben wir für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit, die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ins Zentrum stellt.

Wir nehmen unsere Verantwortung ernst. Mit unseren Ministern Sigmar Gabriel für Umwelt- und Energiepolitik, Wolfgang Tiefensee für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul und Frank Walter Steinmeier in der internationalen Politik ist die SPD Motor und Garant dafür, dass eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik nicht nur in Sonntagsreden und bei feierlichen Ereignissen stattfindet, sondern in der täglichen Regierungsarbeit – national wie international.

Das unterscheidet uns im Übrigen von dem einen oder anderen CDU-Repräsentanten. Bundeskanzlerin Angela Merkel kann auf unsere volle Unterstützung rechnen, wenn es darum geht, für die von der Koalition gesteckten klimapolitischen Ziele auch in ihren eigenen Reihen zu überzeugen.

Die Mehrheit der Menschen will ein Leben in einer friedlichen, gerechten und lebenswerten Welt. Für sie wollen wir Politik machen.

Wir haben es in der Hand, ob das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der erbitterten Verteilungskämpfe und der Gewalt wird, oder ein Jahrhundert des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts.

## Klimaschutz und Entwicklung sind untrennbar miteinander verknüpft

### Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Es gilt das gesprochene Wort

Der gerade in Valencia vorgestellte Synthesebericht des Weltklimarats der VN bestätigt die „unbequeme Wahrheit“, mit der uns Al Gore vor einem Jahr konfrontiert hat: Das „Klimaproblem könnte die Menschheit zerstören“.

Die ehrgeizigen Klimaziele der EU sind mehr als berechtigt. Denn die Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen schreitet noch schneller voran als bisher angenommen.

Der VN-Bericht hat letzte Zweifel beseitigt; selbst USA und Saudi Arabien stimmen harten Fakten zu. Der Klimawandel ist von Menschen verursacht.

Ohne durch greifende Umsteuerung werden in Afrika schon 2020 bis zu 250 Mio. Menschen unter Wasserknappheit leiden.

Weltweit werden 2100 hunderte Millionen Menschen unter Dürren und Wassermangel leiden, mehr als 40 Prozent aller Arten werden ausgestorben sein.

VN-Generalsekretär Ban Ki Moon fasst zusammen: „Die schlimmsten Szenarien des Klimarats sind so angsterregend wie ein Science-Fiction-Film: Aber sie sind noch schlimmer; denn sie sind echt!“ Wir müssen jetzt entschlossen handeln, um den Klimawandel zu stoppen: Konkret sagt der Bericht: ab 2015 müssen Emissionen weltweit sinken. Andernfalls wären die Konsequenzen „schrecklich“ (Pachauri, Vorsitzender des Weltklimarats)



Foto: Robert Máté

Die Entwicklungsländer haben bislang kaum zur Erderwärmung beigetragen, doch sie werden unter den Folgen des Klimawandels am meisten zu leiden haben. Das ist zutiefst ungerecht. Der Klimawandel gefährdet die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, er gefährdet Entwicklungserfolge der vergangenen Jahre, insbesondere in Afrika.

Besorgniserregend ist auch die sicherheitspolitische Dimension: Flüchtlingsströme und Verteilungskonflikte um knapper werdende Ressourcen (Wasser; Ackerland, Erdöl) destabilisieren ohnehin fragile Staaten. Das US-amerikanische Center for Strategic and International Studies formuliert noch drastischer: „Der Kollaps und das Chaos, das mit extremen Klimaveränderungen einhergeht, destabilisiert praktisch alle Aspekte des modernen Lebens.“

Der Klimawandel wird zum Sicherheitsrisiko Nummer 1 für die Menschheit. Wir stehen also vor einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

### **Globale Verantwortung: Klimaschutz und Entwicklungspolitik**

Die heute industrialisierten Länder tragen Hauptverantwortung für die Gefährdung des Weltklimas. Wir müssen uns dieser Verantwortung mit ehrgeizigen Klimazielen stellen! Das ist schlichtweg eine Frage der Moral, der Gerechtigkeit und der internationalen Glaubwürdigkeit!

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das die Weltgemeinschaft nur gemeinsam und partnerschaftlich lösen kann. Wir wissen nur allzu gut: Entwicklungs- und Schwellenländer haben ein Recht auf Entwicklung. Das müssen wir respektieren.

Ich war im letzten Monat auf der Jahrestagung von Weltbank und IWF; es war eines der besten Weltbanktreffen meiner gesamten Amtszeit; es wurden zukunftsweisende strategische Entscheidungen gefällt: Armutsbekämpfung und Klimaschutz als Schwerpunktaufgaben der Weltbank.

Ich bin einig mit Weltbankpräsident Robert Zoellick: Klimaschutz und Entwicklung sind untrennbar miteinander verknüpft. Deshalb wurde vereinbart: Entwicklungsminister/innen und Weltbank werden bei der Klimakonferenz in Bali eine wichtige Rolle spielen.

Für mich steht auch fest: eine Lösung für das weltweite Problem des Klimawandels kann nur im UN-Kontext gefunden werden. Hier sitzen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländer partnerschaftlich an einem Tisch. Andere Initiativen können ergänzen – etwa der Gleneagles Dialog oder die „Major Economies-Initiative“ der USA – aber niemals ersetzen.

### **Wir müssen folgende Fragen beantworten:**

- Wie bekommen wir die Entwicklungs- und Schwellenländer bei den Klimaverhandlungen an Bord, ohne deren legitimes Recht auf wirtschaftliches Wachstum in Frage zu stellen?
- Wie können Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer beim Klimaschutz partnerschaftlich zusammenarbeiten?

Dabei spielt der Grundsatz der „common but differentiated responsibilities“ eine zentrale Rolle: jeder muss im Rahmen seiner Möglichkeiten tätig werden, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

### **Ein partnerschaftlicher Ansatz umfasst fünf zentrale Punkte:**

- 1) radikale Emissionsreduktionen in Industrieländern (Glaubwürdigkeit!);
- 2) Klimafreundliche Energie in Entwicklungs- und Schwellenländern (Technologiekoooperation).
- 3) Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandels;
- 4) Schutz der Wälder
- 5) Finanzierung

### **Entwicklung braucht Erneuerbare Energien und Technologiekoooperation**

Entwicklungs- und Schwellenländer haben ein Recht auf Entwicklung; und für ihre Entwicklung brauchen sie Energie!

Berechnungen der Internationalen Energieagentur zufolge wird der Energiebedarf bis zum Jahr 2030 weltweit um 55% steigen – über 70 % davon in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Es wäre für das Weltklima fatal, wenn dieser zusätzliche Bedarf über Öl, Gas und Kohle gedeckt würde. Dies wäre der Klimakollaps.

Wir brauchen also eine globale und partnerschaftliche Energiewende. Dabei möchte ich eines ganz deutlich machen: Atomenergie darf dabei keine Alternative sein. Denn sie ist nicht „sauber“, sie ist nicht „preiswert“ und sie ist nicht nachhaltig.

Insbesondere die ärmsten Länder müssen Zugang zu nachhaltiger Energie bekommen. Nur dann gibt es eine Chance, Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen; nur so können Millionen von Menschen dem Teufelskreis von Armut und Verzweiflung entkommen.

Bis heute fehlt mehr als zwei Milliarden Menschen der Zugang zu sauberer, moderner Energie. Die Energiewende ist also gerade für Entwicklungs- und Schwellenländer eine Schicksalsfrage. Auf steigende Ölpreise, fortschreitenden Klimawandel und Ölkonflikte gibt es nur eine überzeugende Antwort: Um hier Erfolge zu erzielen, braucht es Technologiepartnerschaften zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Diese Herausforderung können Bundesumweltminister und ich nicht alleine stemmen. Wir brauchen das Engagement des Wirtschaftsministeriums und der Privatwirtschaft.

Technologiepartnerschaften zum Klimaschutz sind keine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft, im Gegenteil: sie sind eine echte Chance für mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Schon jetzt gibt es weit über 200.000 Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energie, rasant steigende Umsätze und Gewinne. Das ist der Zukunftsmarkt!

Die Weltversammlung für Erneuerbare Energien (WREA) hält eine vollständige Deckung der globalen Energiebedürfnisse durch Erneuerbare Energien für möglich. Ich bin begeistert und überzeugt von diesem langfristigen Ziel!

Technologiepartnerschaften sind auch Schlüssel, um boomende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Brasilien zu Zugeständnissen bei den Klimaverhandlungen zu bewegen. Ein wichtiger Katalysator sind vom BMZ finanzierte Beratungsleistungen.

Auch internationale Institutionen spielen eine wichtige Rolle. Die Weltbank hat sich - auch durch mein Einwirken - verpflichtet, zwischen 2005 und 2009 die finanziellen Zusagen für Erneuerbare und Energieeffizienz um jährlich mindestens 20 Prozent zu steigern – und diese Zusage bisher deutlich übertroffen.

### **Anpassungsmaßnahmen**

Ganz wichtig die Unterstützung der Entwicklungsländer – insbesondere Afrika – bei der Anpassung an den Klimawandel. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Industrieländer als Verursacher des Klimawandels auch für seine Folgen aufkommen. Wenn Bali ein Erfolg werden soll, wird die EU überzeugend darlegen müssen, dass sie ein verlässlicher Partner ist und konkrete Hilfestellung leistet.

Anpassung ist mehr als Absichern von Entwicklungsprojekten gegen Klimarisiken – etwa, indem man Brücken höher und stabiler, weniger anfällig gegenüber Überschwemmungen baut.

Es muss gelingen, die Klimaproblematik systematisch in unsere gesamte Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren. Armutsbekämpfungsstrategien und nationale Entwicklungspläne müssen den Klimawandel konsequent mitdenken. Sektorprogramme – z.B. für Landwirtschaft oder Transport – müssen „klimafest“ überarbeitet werden.

Und wir brauchen mehr Geld für Anpassungsmaßnahmen; Berechnungen des VN-Klimasekretariats zufolge wird der Bedarf armer Länder immens steigen wegen Anstieg des Meeresspiegels, wegen Nahrungsmittelknappheit, wegen Wassermangel, wegen Zunahme von Krankheiten.

### **Schutz der Wälder**

Höchste Priorität verdient der Tropenwaldschutz. Denn etwa 18% der globalen Treibhausgasemissionen gehen auf Abholzung des Regenwaldes zurück; das ist mehr als der gesamte Transportsektor weltweit verursacht! In Brasilien sind sogar über 70% der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Entwaldung zurückzuführen. Hinzu kommt die irreparable Vernichtung der Artenvielfalt.

Es macht Mut, dass es vielfältige Möglichkeiten gibt, Klima- und Waldschutz miteinander zu verbinden. Ein Beispiel: In Costa Rica haben wir 10 Mio. EUR bereitgestellt, um positive Wirkungen von Waldschutzmaßnahmen zu vergüten; das Einsparpotential beträgt ca. 3,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

Modellhaft ist auch die Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank. Grundgedanke: Länder werden dafür finanziell entschädigt, dass sie ihre Wälder schützen und so dem Klimawandel entgegenwirken. Deutschland hat die G8 für dieses Programm gewonnen und investiert selbst 40 Mio. Euro. Solche Pilotmaßnahmen brauchen wir in Zukunft noch mehr!

## **Finanzierung**

Die Minderung von Treibhausgasemissionen, der Anpassung an den Klimawandel und Waldschutz brauchen gewaltige finanzielle Ressourcen.

Laut einer Berechnung der Weltbank liegt der jährliche Bedarf zwischen 30 und 50 Milliarden Dollar. Um diese riesigen Summen aufbringen zu können, müssen wir die Entwicklungszusammenarbeit ausbauen und neue Finanzierungsinstrumente schaffen.

ODA wird eine wichtige Rolle spielen. Der Koalitionsvertrag ist eindeutig: Wir müssen die ODA-Quote bis 2015 auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens steigern.

Für die Entwicklungspolitik ist seit Jahren klar: Klimaschutz und menschliche Entwicklung gehören zusammen. Das BMZ hat die Unterstützung der Partnerländer im Kampf gegen den Klimawandel deutlich ausgeweitet. Im April haben wir das Aktionsprogramm „Klima und Entwicklung“ verkündet, durch das die Unterstützung von klimarelevanten Maßnahmen in Entwicklungsländern 2008 auf rund 710 Mio. € pro Jahr steigen wird.

Außerdem setzen wir auf den globalen Kohlenstoffmarkt und auf den Emissionshandel. Das Zuteilungsgesetz vom Juli 2007 hat 120 Mio. € für Maßnahmen in Entwicklungsländern reserviert. Das kann nur der Anfang sein, denn diese Summe ist erschreckend gering im Vergleich zur Aufgabe.

Der nächste Schritt ist die Einbeziehung des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel; ein Beschluss des EU-Umweltrats wird noch dieses Jahr erwartet. Hier muss sich die Bundesregierung für eine (teilweise) Zweckbindung zugunsten der Entwicklungsländer einsetzen.

Kreativ sein und in neue Richtungen denken - ich kann mir auch gut die EU-weite Einführung einer zweckgebundenen Kerosinsteuer vorstellen. Es ist regelrecht absurd, dass so ein boomender Wirtschaftsbereich von der Besteuerung ausgenommen ist.

Langfristig kann ich mir sogar vorstellen, dass der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf bemessen und begrenzt wird. Staaten, deren Pro-Kopf-Ausstoß von CO<sub>2</sub> besonders niedrig liegt, könnten überschüssige Emissionsrechte dann an Länder verkaufen, die mehr ausstoßen als ihnen zusteht. Dies wäre ein wirklicher Beitrag für eine gerechtere Welt.

## **Ausblick**

Nicolas Stern hat gesagt, dass ungezügelter Klimawandel das größte Marktversagen aller Zeiten ist. Ich sage, es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, den ungezügelten Markt hier in seine Schranken zu weisen.

Wir können es tun, wenn wir es wirklich politisch wollen; der Weltklimarat sagt klar: die sehr anspruchsvolle Reduktion der Treibhausgasemissionen reduziert das globale Wirtschaftswachstum um jährlich höchstens 0,12 %!

Da darf keiner sagen, das sei nicht finanzierbar und das könne auf Kosten der Entwicklungsländer gehen!

Gro Harlem Brundtland hat festgestellt: „Es ist unverantwortlich, rücksichtslos und zutiefst unmoralisch, die reale Gefahr des Klimawandels in Frage zu stellen.“ Dies müssen auch verantwortungsbewusste Unternehmen einsehen und mitziehen.



Foto: Robert Máté

Bali wird eine entscheidende Konferenz sein: Die Weltgemeinschaft muss ein umfassendes Folgeabkommen rechtzeitig auf die Schiene setzen, sonst entsteht eine fatale Lücke zwischen Kyoto und der Weiterentwicklung des internationalen Klimaregimes für die Zeit nach 2012.

Wir müssen in Bali klare entwicklungspolitische und solidarische Signale setzen. Nur dann werden die Entwicklungs- und Schwellenländer davon zu überzeugen sein, dass wir es beim Klimaschutz ernst meinen. Klimaschutz und Armutsbekämpfung sind untrennbar miteinander verknüpft.

## Menschheitsherausforderung Klimaschutz

**Michael Müller MdB**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Menschheit steht an einer historischen Weichenstellung: Der Jahrtausendfehler der Naturvergessenheit holt uns in aller Härte ein. Nun müssen wir unter einem hohen Zeitdruck den Fehler korrigieren. Im neuen Grundsatzprogramm der SPD ist diese Herausforderung wie folgt beschrieben worden: Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit, als eine Epoche, in der wirtschaftliche Leistungskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbunden wird. Oder es wird ein Jahrhundert der Gewalt, Verteilungskonflikte und des Niedergangs.

### **Vor diesem Hintergrund müssen drei Hauptaufgaben der Politik gesehen werden:**

- Sie muss absehbare Zukunftstrends erfassen, die Chancen wie die Gefahren. Der Economist hat 1930 in einem Fazit zur Weltwirtschaftskrise von 1929 festgestellt, dass die ökonomische Dynamik immer wieder über den vorgegebenen Ordnungsrahmen hinaustreibt. Wenn es nicht frühzeitig zu einer politischen Modernisierung kommt, mündet dies in Krisen und Zusammenbrüchen. Bisher lassen sich in der Entwicklung der Bundesrepublik drei Phasen unterscheiden, bei denen zwei Mal die Politik die Weichen richtig stellen konnte, während sie in der letzten Phase zu spät reagierte.
- Nach 1945 gab es den breiten Konsens der sozialen Marktwirtschaft. Was damals fest in unserer Gesellschaft verankert war, bezeichnet die FDP heute als Standortrisiko.
- Mitte der 60er Jahre war der CDU-Staat zu klein, zu national und zu eng geworden. Mit Willy Brandt wurde der Rahmen neu gesetzt: innere Reformen, Friedens- und Entspannungspolitik und Europäische Integration. Diese beiden ersten Phasen war – wie Ralf Dahrendorf sie bezeichnet hat – das „Sozialdemokratische Jahrhundert“.
- Die dritte Phase begann mit dem historischen Jahr 1989 und der beschleunigten Globalisierung. Die Regierung Kohl erkannte die Tragweite der Veränderungen nicht. Die notwendigen Reformen wurden erst 10 Jahre später unter ungleich schwierigeren Bedingungen von Gerhard Schröder eingeleitet. Die Folgen dieses konservativen Politikversagens spüren wir noch heute.
- Nun aber steht bereits eine neue Phase an, deren Herausforderung wahrscheinlich alle bisherigen Aufgaben noch übersteigt. Wir erleben das Ende der billigen und massenhaften Rohstoffe. Das

Schmiermittel von Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung ist weg. Die stoffliche Seite unseres Lebens wird zum wichtigsten Knappheitsfaktor der weiteren Zukunft. Wieder müssen die Weichen neu gestellt werden – kulturell, sozial, ökonomisch und politisch. Das Umweltthema ist kein Randthema mehr, sondern ins Zentrum der politischen Gestaltung gerückt.

- Die zweite Hauptaufgabe der Politik ist es, ein neues und möglichst dauerhaftes Gleichgewicht zu schaffen. Das kann – zumal unter den Bedingungen der Globalisierung – nur die große Leitidee der Nachhaltigkeit sein. Sie ordnet sich nicht ökonomischen Sachzwängen unter, sondern rückt die Idee der Gesellschaft, also das Gemeinwohl, ins Zentrum. Zwei Grundelemente sind hierbei zentral: ein fairer Interessenausgleich und die Idee der Gemeinsamkeit. Nicht von ungefähr heißen die drei großen UN Berichte: Gemeinsame Sicherheit von Olof Palme, Gemeinsames Überleben von Willy Brandt und Gemeinsame Zukunft von Gro Harlem Brundtland. Die Idee der Nachhaltigkeit kann ein erneutes „Sozialdemokratisches Jahrhundert“ begründen.
- Die dritte große Aufgabe der Politik heißt, den notwendigen Umbauprozess möglichst sozial verträglich und krisenfrei zu organisieren. Das ist eine große Herausforderung, zumal viele Systeme und Institutionen damit überfordert sind. Unter einem gewaltigen Zeitdruck und den Bedingungen offener Grenzen muss zugleich Wachstum und Begrenzung koordiniert und zusammengeführt werden.

### Das Jahrhundert der Ökologie

Heute sprechen alle vom Klimaschutz. Dabei ist die öffentliche Debatte fast zwanzig Jahre alt, ausgelöst durch die Alarmrufe der Meteorologen. Ich war damals Sprecher in der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages, die 1990 konkret vorgeschlagen hatte, wie die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent bis zum Jahr 2005 reduziert werden können.

Und wir haben dabei präzise aufgezeigt, dass dies mit dem Ausstieg aus der Atomkraft nicht nur vereinbar war, sondern den Umbau in Richtung auf die drei grünen Säulen – Einsparen, Effizienzrevolution und Erneuerbare Energien - sogar beschleunigen würde.

Gut ist, dass dieses Thema nun im Zentrum steht, allerdings heißt das noch nicht, dass das Problem in seinen Dimensionen völlig durchgedrungen ist. Von Alexander Mitscherlich wissen wir, dass es bei der Bewältigung großer Aufgaben – und die Ausgrenzung der Natur ist ein massiver Fehler – drei Phasen gibt: Die Problemerkennung, die Problemdurchdringung und der Neuanfang.

Ich bezweifle, dass wir bereits über die Phase des Erkennens hinaus sind. Viele glauben immer noch, dass es „nur“ um mehr Umweltschutz ginge. Nein, es geht um eine Neuordnung in der Entwicklung unserer Zivilisation. Damit um die Frage, ob ein neuer Fortschritt möglich wird, der nicht allein auf Wachstum und Verteilung, sondern auf Nachhaltigkeit, Entwicklung und Gestaltung setzt.

Heute werden drei große Menschheitsherausforderungen deutlich, die mit folgenden Eckpunkten zu beschreiben sind. Wir erreichen erstens mit dem Klimawandel eine Naturschranke, die nur um den Preis einer globalen Katastrophe zu überwinden ist. Wir sind zweitens konfrontiert mit der Endlichkeit der Rohstoffe, so dass große Verteilungskonflikte bevorstehen. Und drittens droht aus der nachholenden Industrialisierung der großen Schwellenländer eine neue Qualität von Naturzerstörung zu werden.

Kurz: Die Party auf Kosten der Zukunft, der Armen und der Natur muss so schnell wie möglich beendet werden. Über diese Gefahren wissen wir Bescheid, auch wenn die Konsequenzen noch immer verdrängt wurden. Bereits 1987 veröffentlichte die Deutsche Meteorologische Gesellschaft und die Deutsche Physikalische Gesellschaft den alarmierenden Aufruf, wonach in den nächsten 100 Jahren mit einer Erwärmung um 3 Grad Celsius zu rechnen sei. Das ist das Ergebnis der heute sehr exakten wissenschaftlichen Erhebungen des IPCC im 4. Sachstandsbericht.

Damals glaubte die Klima-Enquete-Kommission des deutschen Bundestages, deren SPD-Sprecher ich war, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen zu können, zumal die Regierung Kohl das minus 25 Prozent-Ziel beschlossen hat. Doch in den 90er Jahren wurde das Klimathema von Lobbygruppen aus der Schwerindustrie und Energiewirtschaft „klein gearbeitet“. Mut fehlte, Aktivitäten zurückgenommen, Klimaschutz Haushaltszwängen untergeordnet. Erst seit diesem Jahr, den Veröffentlichungen des IPCC, dreht sich das Bild wieder.

Falsch, ja zu bequem ist, wenn behauptet wird, die Klimafrage sei heute erst erkannt worden. Das behaupten oftmals Leute, die in den letzten Jahren nur Ignoranz und Demagogie gegenüber Umweltschützern gezeigt haben. Auch in der Regierungszeit Gerhard Schröders gab es wichtige Maßnahmen zu Klimaschutz.

Doch während bei Kohl die Opposition mehr wollte, haben CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren alle 18 Initiativen im Bundestag abgelehnt, das Erneuerbare Energien-Gesetz, die Ökologische Steuerreform oder der Atomausstieg. Drei Jahre war dabei Angela Merkel sogar die Oppositionsführerin.

Jetzt, nach den vier Teilberichten des IPCC, ist das ganz anders: Der Täter ist überführt, aber noch nicht verhaftet. Die Fakten sind bekannt. Niemand kann mehr sagen, er habe nichts gewusst. Wir müssen das Experiment mit der Zerbrechlichkeit der Erde beenden. Teilkorrekturen reichen dafür nicht aus. Es geht um eine große und solidarische Gemeinschaftsanstrengung. Unter einem hohen Zeitdruck ist ein weit reichender Umbau notwendig. Er muss in den Industriestaaten begonnen werden.

### **Die Katastrophe kommt näher**

Der Klimawandel kommt schneller, härter und einschneidender als noch vor wenigen Jahren erwartet wurde. Das natürliche Niveau der Treibhausgase, die Wärme in der unteren Luftschicht der Erde einfangen, lag bei 280 ppm. Bei Kohlenstoff, dem Leitindikator für den Klimawandel, wird bereits 382 ppm erreicht. Während die Konzentration vor zehn Jahren noch jährlich um 1,4 ppm gestiegen ist, mussten wir in den



Foto: Robert Máté

letzten zwei Jahren bereits 2 ppm messen. Ein Anstieg auf 450 ppm wird damit bereits in dreieinhalb Jahrzehnten erreicht. Dieser wird im IPCC-Bericht bei CO<sub>2</sub> gleichgesetzt mit einer Erwärmung um rund 2 Grad Celsius, die nach Auffassung der EU und des G8-Gipfels von Heiligendamm nicht überschritten werden darf.

Das Klimasystem hat einen Bremsweg von drei bis vier Jahrzehnten. Wir sind also bereits an der kritischen Schwelle. Der IPCC nennt das Jahr 2015 als Datum, bis zu dem die Wende bei den Treibhausgasemissionen durchgesetzt sein muss. Das zeigt, wie groß der Zeitdruck ist, denn bis Mitte unseres Jahrhunderts soll eine Halbierung des heutigen Ausstoßes erreicht werden.

Eine verantwortbare Alternative gibt es nicht, denn der Klimaschutz ist eine Menschheitsherausforderung im wahrsten Sinne des Wortes. Einige Beispiele aus dem zweiten Teilbericht von Brüssel über die Verwundbarkeit der Erde belegen das:

- Wenn es in Afrika zu einer Erwärmung um mehr als 2 Grad Celsius gegenüber 1990 kommt, was in der zweiten Hälfte dieses Jahrhundert schon erwartet werden kann, muss aufgrund verschiedener Faktoren mit einem Ernterückgang um bis zu 50 Prozent gerechnet werden. Durch Versalzung von Flussmündungen, Austrocknung der Böden und Abschwächung der Ernteerträge droht dem geschundenen Kontinent eine fast unvorstellbare Katastrophe. Schon heute leiden dort rund 18 Prozent der Bevölkerung an Hunger und Unterernährung.
- Lima, die Hauptstadt Perus, ist zu 100 Prozent in der Trinkwasserversorgung von den Andengletschern abhängig. In den letzten 16 Jahren sind in den Kordillern die Eisschichten um 22 Prozent zurückgegangen. In einigen Jahrzehnten wird es in der näheren Region Limas keinen Gletscher mehr geben. Was heißt das für die betroffenen Menschen?
- In Asien leben rund 635 Millionen Menschen im Mündungsbereich der großen Flüsse, die überwiegend vom Himalaya gespeist werden. Sie sind zweifach vom Klimawandel betroffen: Zum einen vom ansteigenden Meeresspiegel, der nach neusten Untersuchungen wahrscheinlich höher ausfallen wird, als dies im IPCC-Bericht erwartet wird. Zum anderen durch die schneller abfließenden Gletscherströme, die zu verstärktem Hochwasser führen werden.

Zudem kommen noch viele Unsicherheiten hinzu, deren Folgen den Klimawandel massiv beschleunigen können. Zu diesen tipping points gehören beispielsweise die möglichen Reaktionen der großen Permafrostzonen, wo große Methanreserven im Boden gebunden sind, das Abschmelzen der großen Eisschilde, die zu einem starken Anstieg des Meeresspiegels führen würden, oder die Veränderungen in den Meeresströmungen, wie die Abschwächung des Golfstroms.

### **Klimawandel, Ressourcenknappheit und nachholende Naturzerstörung**

Was die Entwicklung weiter zuspitzt, ist die Tatsache, dass zugleich weitere große ökologische Herausforderungen anstehen.

- Offenkundig stehen wir vor dem Peak-Oil-Point, also dem Höhepunkt der wirtschaftlich vertretbaren Förderung von Öl, aber auch von Gas und anderen Rohstoffen wie Edelmetallen. Saudi-Arabien, das wichtigste Öl-Land der Erde, hat den Höhepunkt der Förderung wahrscheinlich bereits überschritten. Rohstoffe werden knapp und teuer. Allein seit 2000 sind die Preise um

83 Prozent gestiegen. Verteilungskonflikte nehmen zu, selbst Ressourcenkriege drohen. Sie sind die größte Kriegsgefahr in unserem Jahrhundert.

- Zugleich dreht sich die Weltkonstellation um: Erstmals beginnt der Süden die Entwicklung zu dominieren – sowohl durch die ungelösten Armutsprobleme Afrikas als auch durch die wirtschaftliche Dynamik der großen Schwellenländer wie China oder Indien. Wir haben keinen Grund, diesen Rohstoffhunger zu kritisieren. Denn zum einen haben wir die Verschwendungswirtschaft vorgemacht und zum anderen sind die Pro-Kopf-Belastungen z. B. eines Chinesen immer noch ein Fünftel im Vergleich zu einem Bürger der USA. Dennoch wird aus der Quantität eine neue Qualität. Würden nur die Mittelschichten in China und Indien dieselbe Fahrzeugdichte unseres Landes erreichen, stiege die Zahl der Fahrzeuge allein dadurch von 690 auf fast 900 Millionen.
- Auch um Arbeit und Umwelt miteinander zu verbinden, muss die Produktivität auf Energie, Material und Ressourcen gelenkt werden. Wir müssen Abfall, Kilowattstunden und Schadstoffe arbeitslos machen, nicht Menschen. Der Spielraum ist da, denn in den letzten dreißig Jahren ist die Arbeitsproduktivität um rund 260 Prozent gestiegen, die Material-, Energie- und Ressourcenproduktivität dagegen nur um 70 bis 90 Prozent.

Dadurch wurde, weil die Produktivitätssteigerung das wirtschaftliche Wachstum übersteigt, immer mehr Arbeit durch Technik übernommen. In der Konsequenz führt dies entweder zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit oder zu immer mehr Niedriglohnsektoren, wodurch sich der Unterschied zwischen Arm und Reich vergrößert. Eine Effizienzrevolution dreht diesen Trend um: Bessere Technik und mehr Beschäftigung werden gebraucht.



Foto: Robert Maté

## **Klimaschutz ist möglich**

Der dritte Teilbericht des Weltklimarates zeigt aber auch, dass Klimaschutz möglich ist, auch wenn immer stärker von Anpassung die Rede ist. Klimawandel wie Klimaschutz haben erhebliche Verteilungswirkungen.

Aber richtig ist: Der Klimawandel kommt uns auf jeden Fall viel teurer als Klimaschutz – vier bis sieben Mal mehr. Hinzu kommen die Chancen, die mit dem Klimaschutz für mehr Beschäftigung, Innovationen und Wertschöpfung verbunden sind.

### **Der Weltklimarat setzt fünf Prioritäten für den Schutz des Klimas:**

1. Massive Steigerung der Effizienz. Hierin wird der wichtigste Hebel gesehen, die Emissionen um rund ein Viertel zu verringern. Das wird konkretisiert am Beispiel eines globalen Programms zur energetischen Sanierung - sowohl Heizung als auch Klimaanlage.
2. Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Anteil auf 20 bis 22 Prozent bis 2020 gesteigert werden soll.
3. Stärkung und Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, vor allem in den Metropolen der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie in den Megacitys.
4. Schutz der Wälder, Böden und Meeressysteme. Der Erhalt der Biodiversität ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Das wird daran deutlich, dass in einer globalen Rangliste der Kohlenstoffemittenten nach US und China Indonesien und Brasilien wegen der Zerstörung der Regenwälder die Plätze 3 und 4 einnehmen.
5. Schneller Ausstieg aus den F-Gasen und teilhalogenierten Kohlenwasserstoffen, die für Klimaanlage und zur Kühlung genutzt werden.

Bei den effizienten Energie- und Umwelttechniken, die künftig immer stärker gebraucht werden, verfügt unsere Volkswirtschaft je nach Technologie, Produkt und Markt zwischen 8 und 30 Prozent. Bei der Umweltindustrie sind wir Weltmarktführer. Für diese Erfolgsgeschichte steht das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG).

Es wurde 2001 beschlossen. Damals hatte unser Land einen Anteil von 6 Prozent erneuerbaren Strom, heute sind es über 14 Prozent und 2020 werden es wahrscheinlich rund 30 Prozent sein.

240.000 Menschen arbeiten bereits in dieser Branche. Und heute orientieren sich bereits 48 Staaten am deutschen Förderweg. Diese Vorsprünge dürfen wir nicht verspielen. Wir müssen das Tempo der ökologischen Modernisierung erhöhen – auch um vorhandene Vorteile und Vorsprünge nicht zu verlieren.

## Der Öko-Deal

Teilkorrekturen reichen nicht aus. Notwendig ist ein neues Zivilisationsmodell, das dauerhaft Bestand hat. Deshalb fordern wir einen Öko-Deal, der eine grundlegende Erneuerung einleitet. Heute ist eine „Neuausteilung der Karten“ angesagt, um die Naturvergeessenheit zu beenden.

Die Herausforderungen verlangen nicht nur technische Antworten, so wichtig sie sind. Natürlich muss es zu einer Neudefinition des technischen Fortschritts kommen, ohne in die alte Technikgläubigkeit zurückzufallen. Doch es geht auch um kulturelle Antworten, zum Beispiel um Glaubwürdigkeit und Rücksichtnahme. Unser Land kann nicht überzeugen, wenn nur noch Uganda und Nepal keine Geschwindigkeitsbegrenzung kennen, aber dort sicher nicht die Straßen vorhanden sind, um wie in Deutschland rasen zu können.

Wir brauchen eine Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung, die längere Ketten berücksichtigt. Die heute vorherrschende Ökonomie der Kurzfristigkeit kann die ökologischen Aufgaben nicht lösen. Politiker werden kritisiert, weil sie angeblich nur in einer Zeitspanne von vier Jahren denken würden. Was aber tun Manager, die sich nur an der Börsenbewertung von drei Monaten orientieren?

Und wir müssen über die Wachstumsfrage reden. Es gibt ökologische Grenzen, die beachtet werden müssen. Notwendig ist eine selektive Entwicklung, in der das schnell schrumpft, was die Umwelt zerstört. Und in der das schnell wächst, was die ökologischen Kreisläufe bewahrt.

### Von daher braucht die ökologische Modernisierung drei Ebenen:

- eine nationale Vorreiterrolle und Stärkung politischer Gestaltungskraft;
- eine starke Wirtschaftsregion, die bei der Erneuerung vorangeht. Hier liegt insbesondere die Chance der EU, wenn sie in der Globalisierung die europäische Karte zieht;
- globale Bemühungen um Verträge, Kooperationen und Entwicklungspartnerschaften.

Das Dach dafür bietet die große Leitidee der Nachhaltigkeit, eine zugleich sozialdemokratische und europäische Programmatik, die in der Globalisierung noch wichtiger ist. Auf dieser Basis wollen wir in Bali unsere Rolle spielen. Wir sind wahrscheinlich das einzige Land, das mit einem ehrgeizigen Programm zu den Verhandlungen fährt. Das sind zwar noch nicht die minus 40 Prozent bei den Treibhausgasen, die wir bis 2020 erreichen wollen und müssen, aber immerhin schon rund 32 bis 35 Prozent. Und wir wollen in Indonesien auch konkrete Angebote zum Waldschutz machen.

Bali muss die Tür für ein verbindliches Mandat öffnen, auch für einen globalen Kohlenstoffmarkt, den wir brauchen, um das globale Umbauprogramm zu finanzieren. Das muss der Kern des Kopenhagener Vertrags hoffentlich 2009 werden.

Auf jeden Fall trifft jedoch das zu, was Franklin D. Roosevelt schon 1933 vermutet hat: „Wir hatten noch nie so wenig Zeit, so viel zu.“